

TdL
Alle Beschäftigten

Berlin, 07.02.2011
Nr. 002/2011

Tarifrunde 2011: Aufakttermin ohne Arbeitgeberangebot

Der Aufakttermin in der Tarifrunde 2011 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder fand am 4. Februar 2011 in Berlin statt. In den zweistündigen Verhandlungen begründeten wir zunächst unsere Forderungen. Im Übrigen wurden die unterschiedlichen konjunktur- und steuerpolitischen Auffassungen erörtert. Ein Angebot zur Einkommenserhöhung legte die TdL nicht vor. Die Tarifverhandlungen werden am 24./25. Februar 2011 in Potsdam fortgesetzt.

Zu Beginn der Verhandlungen erinnerten wir an die nicht eingelösten Verhandlungszusagen der TdL aus der Tarifeinigung vom 1. März 2009 (s. *TS-berichtet* Nr. 51/2010 vom 15.10.2010) und erläuterten die von der BTK am 14. Dezember 2010 beschlossenen Forderungen (s. auch *TS-berichtet* Nr. 67/2010 vom 23.12.2010).

Zur Begründung der Entgeltforderung verwiesen wir insbesondere auf die Wachstumsprognosen für 2011 in Höhe von mindestens 1,9 %, die positive Steuerschätzung für die Länder und die oberhalb von 1,5 % erwartete Inflationsrate. Mit steigenden Einkommen der Beschäftigten müsse die Binnenkonjunktur gestützt und der sinkenden Attraktivität des öffentlichen Dienstes entgegengewirkt werden. Die steigenden Kosten für Energie, Kraftstoffe und Grundnahrungsmittel machten einen Sockelbetrag als soziale Komponente erforderlich. Die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung spreche eindeutig für eine entschieden kürzere Laufzeit.

Zur Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sei auch im Hinblick auf das altersbedingte Ausscheiden von rund 20 % der Beschäftigten im Bereich der Länder bis 2020 eine verbindliche Übernahmeregulierung für Auszubildende notwendig.

Bei der Entgeltordnung müsse jetzt die Direktzuordnung der Tätigkeitsmerkmale mit Aufstiegen geregelt und die erstmalige Tarifierung der Eingruppierung der Lehrkräfte umgesetzt werden.

Daneben müssten die 2010 mit der VKA vereinbarten Verbesserungen für den Bereich der Krankenhäuser zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit auch auf die Länder übertragen und zum Ausgleich der besonderen Gefahren und Belastungen in diesen Bereichen für die Beschäftigten in den Straßenmeistereien und im Küstenschutz eine monatliche Zulage von 50,00 Euro gezahlt werden.

Die Tarifergebnisse müssten zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und der Kommunen übertragen werden.

Die TdL zeigte sich durch den Hinweis auf Restanten aus der Tarifrunde 2009 überrascht und sagte eine Prüfung zu.

In der Frage der Laufzeit machte die TdL deutlich, dass sie einen Abschluss für 24 Monate erreichen will.

Zur Höhe der Entgeltsteigerungen wies die TdL auf die 2011 noch hinter dem Vor-Krisen-Niveau zurückbleibenden Steuereinnahmen und die sogen. Schuldenbremse hin. Bei einem Personalkostenanteil der Länderhaushalte von 50 % stünde nur 1 % der Steuermehreinnahmen für Personalkostensteigerungen zur Verfügung, wenn Personalabbau vermieden werden solle. Ein Zusammenhang zwischen den Einkommen der Beschäftigten der Länder und der Binnenkonjunktur bestehe nicht. Hohe Bewerberzahlen belegten eine weiterhin hohe Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Eine Verpflichtung zur Übernahme der Auszubildenden führe zu einem Abbau von Ausbildungsplätzen.

Ein Angebot zur Entgelterhöhung unterbreitete die TdL nicht.

Wir erwiderten, dass die verfehlte Steuerpolitik – Steuergeschenke im Rahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“, zu geringe Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften sowie Unternehmensgewinnen – nicht zu Lasten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehen dürfe. Auch betrage die Personalkostenquote der Länderhaushalte durchschnittlich nur 34 %.

In der Bundestarifkommission wurde festgestellt, dass die TdL offensichtlich Argumente nicht an sich heranlasse. Mit Aktionen müsse daher bis zur Fortsetzung der Verhandlungen am 24. und 25. Februar 2011 die Unterstützung der Forderungen durch die Beschäftigten deutlich gemacht werden.

Darum: <https://mitgliedwerden.verdi.org>